

englischen Besatzungszone auftreten dürfen, solange SPD-Politiker der westlichen Besatzungszone nicht in der östlichen Besatzungszone auftreten dürfen.

Wir möchten die englische Militärregierung ergebenst darauf aufmerksam machen, daß die politischen Parteien selbstverständlich den Besatzungsmächten nicht vorschreiben können, welche Redner für die einzelnen Besatzungszonen zugelassen werden; insofern haben wir darum auch die Entscheidung der englischen Militärregierung hinnehmen müssen, obwohl wir die Auffassung vertreten, daß diese Entscheidung uns gegenüber nicht als fair play anzusprechen und auch mit den Prinzipien der Demokratie nicht zu vereinbaren ist. In diesem Zusammenhang können wir darauf hinweisen, daß nach einer offiziellen Mitteilung der sowjetischen Militärverwaltung weder der Führer der SPD noch einer der anderen demokratischen Politiker den Antrag gestellt haben, als Redner in der sowjetischen Besatzungszone aufzutreten. Es ist darum uns gegenüber ungerecht, eine Entscheidung zu treffen, die davon abhängig gemacht wird, ob und wann beispielsweise Herr Dr. *Schumacher* seinerseits einen ähnlichen Antrag zu stellen die Absicht hat. Die Maßnahmen der englischen Militärregierung haben sich bisher ganz einseitig gegen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und gegen die Kommunistische Partei ausgewirkt. Das kann nachgewiesen werden aus vielen offiziellen Schreiben, die Vertreter der englischen Militärregierung an einheitsfreundliche Sozialdemokraten und an Organisationen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei in den westlichen Besatzungszonen gerichtet haben. In dem Schreiben des Headquarters Military Government L/K Siegburg (CCC/BE) Ref. 1016/Fol./410 vom 10. Mai 1946 wurde an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Herchen-Leuscheid folgendes geschrieben:

„Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Besatzungszone wider spricht.“

Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.“^{e<}

Auch in einem Schreiben des Headquarters Military Government L/K Siegburg vom 19. Juni 1946 heißt es:

„Es ist die Politik der britischen Besatzungsmacht, die Fusion dieser beiden Parteien gegenwärtig nicht zu begünstigen.“